

(NACHHALTIGKEITS-)POLITIK RELOADED – WAS BRINGT DIE DIGITALISIERUNG?

Digitalisierung ist derzeit in aller Munde, kaum eine politische Debatte kommt ohne dieses Schlagwort aus. Oder auf Social-Media-Deutsch: Digitalisierung ist „trending topic“ im politischen Raum. Schließlich, so Angela Merks Einschätzung nach der Bundestagswahl 2017, stelle uns die Digitalisierung vor „eine[n] der radikalsten Umbrüche der Menschheit“. Was also ist dran am Digitalisierungs-Hype? Was genau verbirgt sich hinter diesem politischen Schlagwort? Und warum ist Digitalisierung auch ein Thema für die Umweltverbände?

DEFINITION

Im ursprünglichen Sinn meint Digitalisierung die Umwandlung analoger Informationen in digitale Formate – so etwa bei der Umwandlung analoger Medien wie Film, Fotografie, Tonaufnahmen oder Dokumenten in digitale Dateien. Im aktuellen Sprachgebrauch hat der Begriff eine deutlich umfassendere Bedeutung und steht für alle Veränderungen, die sich aus den Möglichkeiten immer neuer Informationstechnologien ergeben. Eine einheitliche Definition des Begriffs gibt es nicht; stattdessen ist Digitalisierung insbesondere in politischen Diskussionen eine inhaltsleere Floskel, die fehlende Infrastrukturen, technische Möglichkeiten oder einen ganz allgemeinen Modernisierungsbedarf adressiert. Eine tatsächliche Auseinandersetzung über die Chancen und Risiken sowie die konkrete politische Ausgestaltung der Digitalisierung findet hingegen nur langsam statt.

AKTEURE & FORDERUNGEN

Ministerien & Bundestag

Digitalisierung ist ein Querschnittsthema und spielt dementsprechend in allen Ressorts eine Rolle. In der vergangenen Legislaturperiode haben beispielsweise das Bundeswirtschaftsministerium mit dem [Weißbuch Digitale Plattformen](#) und der [Plattform Industrie 4.0](#), das Bundesarbeitsministerium mit dem [Weißbuch Arbeit 4.0](#) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit der [High-Tech-Strategie](#) versucht, Akzente im Themenfeld Digitalisierung zu setzen. Darüber hinaus lag die Zuständigkeit für den Breitbandausbau in Deutschland beim Bundesverkehrsministerium, das im Zuge der Regierungsbildung 2013 den neuen Fachbereich „digitale Infrastruktur“ erhielt. Antworten auf drängende Fragen und Herausforderungen der Digitalisierung – etwa die Zukunft von Arbeit und die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme oder ökologischen Leitplanken der Digitalisierung – liefert die Regierung bislang allerdings nicht.

Auch in der neuen Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD gibt es kein eigenes Digitalministerium, allerdings beruft die Regierung die CSU-Politikerin Dorothee Bär als Digital-Staatsministerin ins Bundeskanzleramt. Im Rang einer parlamentarischen Staatssekretärin soll sie dort die anderen Ressorts in Fragen der Digitalisierung koordinieren und die Regierungsfäden zusammenhalten. Der Arbeitsfokus der neuen Bundesregierung liegt dabei vor allem auf dem beschleunigten und deutschlandweit flächendeckenden Internetausbau.

Der Bundestag hat sich bereits in der vergangenen Wahlperiode des Themas angenommen und einen Ausschuss „Digitale Agenda“ eingesetzt, der sich fachübergreifend mit Fragen der Digitali-

sierung und Vernetzung auseinandersetzt. In der laufenden Wahlperiode hat der FDP-Abgeordnete Jimmy Schulz den Ausschussvorsitz übernommen.

Wirtschaft

Der öffentliche Digitalisierungsdiskurs wird stark durch Industrieinteressen geprägt. Hier geht es vor allem um Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für ein schnelles Wachstum der digitalen Wirtschaft – darunter fällt der beschleunigte Breitbandausbau genauso wie der Abbau rechtlicher Vorgaben etwa beim Datenschutz oder im Arbeitsrecht. Insbesondere der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie die Branchenverbände Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) und der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) sind als Lobbyakteure präsent.

Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatte steht auch die sogenannte Industrie 4.0, also die digital vernetzte und weitestgehend selbstorganisierte sowie automatisierte Produktion. Hier gilt die deutsche Industrie bereits als weltweiter Vorreiter. Um diese Rolle zu festigen, hat Bitkom gemeinsam mit dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sowie dem Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie (ZVEI) die Plattform Industrie 4.0 ins Leben gerufen, die beim Bundeswirtschaftsministerium angedockt ist und die vorhandene Expertise für die Entwicklung der Industrie 4.0 bündeln soll.

Zivilgesellschaft

Während Umwelt- und Entwicklungsorganisationen erst langsam das Themenfeld erschließen, ist in den vergangenen Jahrzehnten eine technik- und netzpolitische Szene gewachsen, die sich für Datenschutz, Computersicherheit und Informationsfreiheit einsetzt. Im Zentrum der Debatten steht dabei auch die Frage, wie sich Technologien auf die Gesellschaft sowie auf einzelne Bürger*innen auswirken.

Für die Gewerkschaften ist die Digitalisierung unter dem Stichwort Zukunft der Arbeit bzw. Arbeit 4.0 zum Thema geworden. Bislang ist die Notwendigkeit, den Megatrend Digitalisierung zu gestalten, aber noch nicht in der vollen Breite der Zivilgesellschaft angekommen.

DIGITALISIERUNG & NACHHALTIGKEIT

Aus Sicht der Nachhaltigkeitsbewegung gewinnt Digitalisierung zunehmend an Relevanz. Im Kern steht dabei die Frage: Wie kann Digitalisierung zur nachhaltigen Transformation unserer Gesellschaft beitragen?

Der digitale Wandel der Wirtschaft könnte zu enormen Jobverlusten führen, die nicht nur Geringverdiener und Ungelernte, sondern auch Fachkräfte treffen. Bis zu 47 Prozent aller Jobs könnten laut einer Studie der Universität Oxford innerhalb der nächsten 20 Jahre wegfallen. Das stellt Sozialsysteme vor riesige Herausforderungen und wirft die Frage auf, wie sich gesellschaftliches Zusammenleben zukünftig organisieren soll.

Aber auch mit Blick auf den Klimawandel oder die planetaren Grenzen gilt es, sich mit Digitalisierung auseinanderzusetzen. Aktuell führen digitale Technologien vor allem zu einer Dynamisierung von Wirtschafts- und Konsumweisen. Das bedeutet beispielsweise steigende Strom- und Ressourcenverbräuche. „Für die Technologien von morgen brauchen wir mehr Rohstoffe – für ein Elektroauto zum Beispiel 60 Kilogramm mehr Kupfer, 50 Kilogramm mehr Aluminium, 20 Kilogramm

STECKBRIEF

mehr Stahl und zehn Kilogramm mehr Nickel als für einen herkömmlichen Verbrenner. Bei Erneuerbaren Energien und der Telekommunikation spielen Aluminium, Kupfer, Magnesium, Nickel, Zink, Blei und andere Metalle ebenfalls eine wichtige Rolle.“ Und diese Aussage stammt nicht etwa von einem kritischen Umweltverband sondern von der Wirtschaftsvereinigung Metalle, die damit für die Erschließung weiterer Rohstoffvorkommen wirbt, statt Wege zur absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs zu suchen.

Dennoch: Die Digitalisierung bietet auch Chancen für Klima- und Umweltschutz. Sie kann beispielsweise zum erfolgreichen Gelingen der Energiewende beitragen, indem über digitale Kommunikationsplattformen Nutzungsdaten für einen optimalen Ausgleich zwischen Stromangebot und –nachfrage herangezogen werden. Auch eine erfolgreiche Mobilitätswende weg vom individuellen, motorisierten Verkehr hin zu vernetzten Mobilitätsangeboten ist auf digitale Technologien und Angebote angewiesen. Digitalisierung ist allerdings nicht per se ein Allheilmittel: Sofern es keine Abkehr von der autogerechten Stadt gibt, werden vernetzte Carsharing-Angebote eher Zusatzleistung bleiben, statt motorisierten Individualverkehr zu verdrängen.

Statt dem FDP-Slogan „Digital first, Bedenken second“ zu folgen, sollte „erst nachdenken, dann digitalisieren“ die Maßgabe in der Digitalisierung sein. Ohne klare Leitplanken und Zielsetzungen führt die Digitalisierung sonst zu einer Umweltzerstörung 4.0.

Förderhinweis: Dieses Projekt wurde gefördert von:

Die Verantwortung für den Inhalt der Projekte liegt bei den AutorInnen



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundesamt**